

# Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Altstadt 1. Postleitzahl 12. April 1933  
und 21.01.2

## Der Führerwechsel im Zentrum

Prälat Kaas hat aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitz niedergelegt  
Sachsens Stallhaller Mutschmann bildet die neue Landesregierung

### Brüning über den Weg des Zentrums

„Das Zentrum kennt nur einen Kampf: den Kampf für Deutschland“

Über die Verhandlungen der leitenden Instanzen der Deutschen Zentrumspartei am Freitag, den 5. Mai 1933, wird uns mitgeteilt:

Am Freitag, den 5. Mai, traten die Zentrumstraktionen des Reichstags und Landtags, sowie der Geschäftsführende Reichsparteivorstand zu wichtigen und ernsten Beratungen zusammen, deren Bedeutung und Tragweite durch die gegebene politische Situation hinreichend gekennzeichnet ist.

In der Reichstagsfraktion vollzog sich nach einer vorangegangenen Sitzung des Fraktionsvorstandes eine allgemeine Aussprache, die sich aus der Berichterstattung aus dem Lande entwickelte und bei der auch schon die persönliche und sachliche Neuorganisation der Reichspartei eingehende Erörterung fand. Die Beratungen wurden am Freitag noch nicht zu einem Ergebnis geführt, sie wurden am Samstag früh 9 Uhr fortgesetzt.

Am Freitag nachmittag 3 Uhr versammelten sich dann die Vorstände der Zentrumstraktionen des Reichs- und Landtags zu einer gemeinsamen Sitzung, an welche sich dann um 6 Uhr abends eine Tagung des Geschäftsführenden Reichsparteivorstandes anschloß. In diesem Gremium bildete die Führerwohl eine ausschlaggebende Rolle. Auch hier wurden Beschlüsse und Entscheidungen noch nicht gefaßt, sondern auf Sonnabend vertagt.

Neben der sachlichen Größe der Entscheidungen steht an der Spitze der personellen Entscheidungen die Notwendigkeit der Wahl nicht nur der neuen Fraktionsvorsitzenden, sondern auch des Führers der Gesamtpartei selber.



Prälat Dr. Kaas ist von der Führung der Partei zurückgetreten.

Man weiß von Prälat Kaas schon seit langem, daß er nur unter schweren gesundheitlichen Opfern sein Führeramt zu verwalten vermochte. Die Anforderungen sind in letzter Zeit so stark und so schwer geworden, daß Prälat Kaas eine weitere Ausübung seiner mit ungeheuren psychischen und physischen Anstrengungen belasteten Aufgaben nicht mehr verantworten zu können glaubte.

Der Dank, den die Gesamtpartei Prälat Kaas schuldet, ist an dieser Stelle nicht in Worte zu kleiden. Es wird einer anderen Stunde vorbehalten sein, darüber zu sprechen. Prälat Kaas wird aus gesundheitlichen Gründen vorläufig in Rom bleiben.

Die Frage der Führerschaft der Zentrumspartei ist im Augenblick noch nicht entschieden. Die dafür genannten Namen wie Dr. Brüning, Dr. Hackelsberger und

Graf Galen stellen zunächst nur Anhaltspunkte dafür dar, in welcher Richtung die Erörterungen gehen. In der Reichstagsfraktion selber wird gleichfalls eine Veränderung in der Führung eintreten, über deren Ausmaß und schließlich Gestaltung gleichfalls im gegenwärtigen Augenblick noch nichts näheres entschieden ist.

Die Tagungen waren außerordentlich stark besucht und die Aussprache spiegelte die Größe und den Ernst der Entscheidungen, um die es jetzt geht, immer wieder mit stärkster Eindruckskraft wider.

Am Sonnabend setzte die Zentrumstraktion ihre Beratungen fort. Die Aussprache stand am Vormittag im Zeichen einer Rede, die der ehemalige

Reichskanzler Dr. Brüning

hielt. Dr. Brüning betonte, daß das Zentrum seine Selbständigkeit bewahren müsse. Eine Selbstverständlichkeit sei es dabei, daß in der praktischen Arbeit sich manches anders gestalten müsse als bisher. Die Regierung könne die Arbeit der Zentrumspartei niemals ausschließen im Sinne eines Kampfes. Für die Zentrumspartei gebe es nur einen Kampf: Den Kampf für Deutschland.

Die Ausführungen Dr. Brünings lunden bei den anderen Teilnehmern der Tagung starke Zustimmung. Wie wir hören, ist nicht daran zu denken, daß das Zentrum etwa nach dem Beispiel der Deutschnationalen eine Aenderung in seinem Namen vornimmt. Die Arbeit, die das Zentrum im neuen Staate zu leisten gewillt ist, ist durch die Erklärung von Dr. Kaas bei Annahme des Ermächtigungsgesetzes festgelegt. Diese Erklärung hat den Fall des Reichskanzlers Hitlers gefunden und es ist anzunehmen, daß die Arbeit, die das Zentrum leistet in diesem Sinne von den maßgebenden Männern der Regierung gewürdigt wird.

### Sachsens neue Regierung

Dresden, 6. Mai.

Auf Grund des Paragraphen 1 Abs. 1 Z. 1 des zweiten Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reiche vom 7. April 1933 hat der Reichsstatthalter für das Land Sachsen, Mutschmann, ernannt:  
zum Ministerpräsidenten den Reichstagsabgeordneten von Killinger,  
zum Minister des Innern den Landtagsabgeordneten Dr. Gritsch,  
zum Finanzminister den Oberregierungsrat Kamps (Leipzig),  
zum Justizminister Dr. Thierack,  
zum Kultusminister den Universitätsprofessor Getzels,  
zum Wirtschaftsminister den Reichstagsabgeordneten Lenck (Plauen),  
zum Arbeits- und Wohlfahrtsminister den Oberregierungsrat Dr. Schmidt (Chemnitz),  
zum Chef der Staatskanzlei den Ministerialdirektor Dr. Günther (Dresden).

Der neue Statthalter von Sachsen, Martin Mutschmann, hat sofort nach seiner Ernennung mit erfreulicher Raschkeit dafür gesorgt, daß die bisherige kommissarische Regierung in eine ordnungsgemäße Regierung gemäß dem Gleichschaltungsgesetz umgewandelt wurde. Diese Regierung wird nun auf lange Sicht arbeiten können und hinsichtlich der sächsischen Verwaltung und der kulturellen Aufgaben des Landes — um nur die wichtigsten Gebiete zu nennen — die geplanten Reformen in Angriff nehmen zu können. Es ist auf Grund der Gleichschaltung selbstverständlich, daß dabei in Sachsen nach dem gleichen Plane gehandelt wird, der für die Arbeit in den anderen deutschen Ländern maßgebend ist.

Das neue sächsische Kabinett zeigt auf wichtigen Posten die gleichen Männer, die sich schon in der kommissarischen Regierung bewährt haben. Der bisherige Reichskommissar für Sachsen, von Killinger, kann die Aufgaben, die er mit so entschiedener Energie in Angriff genommen hat, nun als Ministerpräsident einer

## Preußen-Landtag am 18. Mai

Die Annahme des preußischen Ermächtigungsgesetzes ist gesichert

Berlin, 6. Mai.

Präsident Kerr hat den Preußischen Landtag auf Donnerstag, 18. Mai einberufen.

Zu der plötzlichen Einberufung des Preußischen Landtages zum 18. Mai wird in unterrichteten Kreisen erklärt, daß der Besluß hierzu in einer Besprechung des preußischen Kabinetts gefaßt wurde. Da als erster Punkt der Tagesordnung die Entgegennahme einer Regierungserklärung des Kabinetts Göring vorgesehen ist, nimmt man an,

dass bis zum 18. Mai das preußische Kabinett vollständig zusammengesetzt sein wird.

An amtlicher Stelle kann über die Persönlichkeit des zu ernennenden Landwirtschafts- bzw. Wirtschaftsministers bisher keine Auskunft gegeben werden. Es wird lediglich

darauf hingewiesen, daß diese Ernennung vom Reichskanzler vollzogen wird.

Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, die das Ermächtigungsgesetz für das Kabinett Göring betrifft, hören wir ergänzend, daß die Ermächtigung in Form eines Ur-Antrages der nationalsozialistischen Fraktion im Landtage eingebracht werden wird und daß auf Wunsch der Regierung das Haus diese Ermächtigung noch in der Sitzung am 18. Mai in allen drei Lesungen mit Zweidrittelmehrheit verabschieden soll. Nach der neuen Geschäftsordnung für das preußische Parlament genügt es, wenn die einfache Mehrheit die Annahme aller drei Lesungen fordert, um jeden Widerstand hiergegen unwirksam zu machen. Da die Nationalsozialisten schon allein über die einfache Mehrheit verfügen, ist die Annahme der Ermächtigung ohne jede parlamentarische Schwierigkeit sichergestellt.